

Presseinformation 26.12.2009

Plakatierung jetzt ohne 1-Euro-Jobber?

DIE LINKE. Bergisch Gladbach begrüßt die zwei Arbeitsplätze für Plakatarbeiten bei der städtischen GL-Service gGmbH. Die GL-Service gGmbH hatte in der letzten Woche erklärt, dass zwei Arbeitnehmer für Plakatarbeiten befristet auf zwei Jahre angestellt wurden.

DIE LINKE. hatte vor wenigen Wochen handfeste Beweise und Zeugenaussagen vorgelegt, dass diese kommerziellen Plakatarbeiten von 1-Euro-Jobbern durchgeführt wurden. So wurden auch die Wahlplakate des CDU/FDP Bürgermeisters Lutz Urbach und des ehemaligen SPD-Bürgermeisters Klaus Orth mit Unterstützung von 1-Euro-Jobbern plakatiert. Dieses war nicht nur eine unzulässige Subventionierung und Unterstützung für diese Parteien aus öffentlichen Mitteln, sondern auch ein klarer Verstoß gegen das Sozialgesetzbuch. Kommerzielle Plakatarbeiten von 1-Euro-Jobbern durchführen zu lassen war und ist klar rechtswidrig.

Späte Einsicht zur berechtigten Kritik

„Wir sehen die Schaffung von 2 Arbeitsplätzen als späte Einsicht in unsere Argumente. Der Wahlkampf von CDU/FDP und SPD wurden mit illegalen Mitteln geführt. Unsere Kritik war berechtigt.“ meint Tomás Santillán, Sprecher DIE LINKE. Bergisch Gladbach. „Die 1-Euro-Jobber und Erwerbslose wurden für Wahlwerbung ausgebeutet. Nur so konnte die stadteigene GL-Service gGmbH die Plakatierung der Wahlwerbung für CDU/FDP und SPD weit unter den üblichen Marktpreisen durchführen.“

Der Arbeitsvertrag der beiden neuen Mitarbeiter ist auf nur zwei Jahre befristet. Beide Arbeitsplätze werden bis zu 100% öffentlich bezuschusst und kosten dem GL-Service keinen Cent. Nur mit diesen Zuschüssen kann der GL-Service ihre Dumpingpreise halten und damit andere ordentliche Mitbewerber von Markt verdrängen. Nach Ansicht der LINKE. muss diese Subventionierung für kommerzielle Werbetreibende und Parteien durch Steuergelder aufhören. Dagegen sollte man den regionalen Vereinen weiterhin günstige Preise anbieten. DIE LINKE. fordert von der GL-Service gGmbH ihre Preispolitik zu überdenken, um die beiden neuen Arbeitsplätze auch nach den zwei Jahren aus den Einnahmen der Werbung zu finanzieren und so langfristig abzusichern.

„Wir fordern unbefristete und reguläre Arbeitsplätze. Der jetzige Schritt geht aber in die richtige Richtung. Wir hoffen, dass auch nach Ablauf der 2 Jahre die Kollegen in Arbeit bleiben können.“ meint Santillán. „Wir werden uns für diese Arbeitsplätze einsetzen und die Sache weiter im Auge behalten.“

DIE LINKE. bleibt bei ihrer Kritik gegen 1-Euro-Jobs. Mehrere Untersuchungen haben gezeigt, dass 1-Euro-Jobber reguläre Arbeitsplätze vernichten und nicht als Mittel taugen, Erwerbslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. DIE LINKE. fordert seit Jahren die Abschaffung von 1-Euro-Jobs.

„1-Euro-Jobs sind menschenwürdig und unsozial, denn dabei werden erwerbslose Menschen schamlos ausgebeutet, um die kommunalen Haushalte zu sanieren.“ meint Claudius Caßemayer, Sprecher DIE LINKE. im Rheinisch-Bergischen Kreis. „Besser wäre die Schaffung von ABM-Stellen, die dann durch die Bundesagentur gefördert werden und als vorrangiges Mittel gegenüber den 1-Euro-Jobs im SGB II vorgesehen sind. Hierbei würden die Betroffenen ihre menschliche Würde behalten. Die GL-Service gGmbH soll 1-Euro-Jobs endlich aufgeben und sich stattdessen wirklich um erwerbslose Menschen kümmern und ihnen dabei helfen gute Arbeit zu finden. Wir werden auch weiterhin beobachten, ob 1-Euro-Jobber nicht doch noch und zusätzlich zu Plakatarbeiten gezwungen werden.“

Kontakt: Tomás M. Santillán, Tel.: 02204-22073 - Mobil: 0172-2410212
Claudius Caßemayer, Tel.: 02202-240557 - Mobil: 0151-11270362